Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 138 (1972)

Heft: 2

Artikel: Der Nahostkrieg : im zweiten Jahr nach Nasser

Autor: Weisl, Wolfgang von

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-47159

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schleinzer, ehemaliger Bundesverteidigungsminister, stimmt der Regierung und Verteidigungsminister Lütgendorf darin zu. Einem Verteidigungsrat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Kreisky werden in Zukunft Mitglieder aller drei im Parlament vertretenen Parteien angehören. Lütgendorf will zudem künftig einen Chef des Generalstabes ernennen und diesem ein neu zu schaffendes Armeekommando unterstellen.

Schlußbemerkungen

Die militärische Landesverteidigung Österreichs steht heute zweifellos an einem Scheideweg. Sollte die beschlossene Reform des Bundesheeres den bisher erreichten Stand des mobilgemachten Heeres auch in Zukunft nicht sicherstellen, so wäre sie kein Gewinn; den Staat in seiner außenpolitischen Stellung würde sie nicht stärken, sondern im Gegenteil in eine zwielichtige Situation bringen.

Die Verteidigung des neutralen Österreichs, das sich in exponierter Lage befindet, ist ein derart weitschichtiges Problem, daß es nur außerhalb jeden parteipolitischen Streits einer Lösung entgegengeführt werden kann. Bundespräsident Jonas hat denn auch wiederholt dazu aufgerufen, die Landesverteidigung zu einem gemeinsamen Anliegen aller am Fortbestand des neutralen österreichischen Staates interessierten Kräfte zu machen. Unser östlicher Nachbar, dem es wirtschaftlich gut geht, wird zweifellos tiefer in die Tasche greifen müssen, damit das begonnene Reformwerk unter Verteidigungsminister Lütgendorf zu einer wirklichen Reform wird, aus der das Bundesheer gestärkt hervorgeht.

Der Nahostkrieg – im zweiten Jahr nach Nasser

Wolfgang von Weisl

Als Nasser am 4. August 1970 einem «dreimonatigen» Waffenstillstand zustimmte, ahnte weder er noch jemand anderer, daß damit eine Friedensperiode begann, so lange und so arm an Zwischenfällen wie zu keiner Zeit, seit die UNO am 29. November 1947 die Gründung des Staates Israel beschlossen hatte. Die Frage ist nur: Wie lange wird diese Waffenruhe noch dauern? Präsident Sadat will nicht länger als bis Jahresende auf «Regelung» des Konfliktes, das heißt auf verbindliche Zusage Israels zum Rückzug auf die Vorkriegsgrenzen, warten. Präsident Tito erläutert: Damit sei keineswegs gesagt, daß gleich am 1. Januar 1972 Sadat den Krieg beginne ... General Dajan erwartet Feindseligkeiten im Frühjahr, wobei offen bleibt, ob damit lediglich die Schießerei über den Kanal, verschärft durch gelegentliche Stoßtruppunternehmungen der Ägypter, gemeint ist – oder der «große Krieg», der Versuch, den Suezkanal zu überqueren und die Sinaihalbinsel zurückzuerobern ... nach menschlicher Voraussicht mit militärischer Hilfe von mindestens 15000 Mann russischer Elitetruppen, ausgerüstet mit modernsten russischen Flugzeugen, Tanks und sonstigem Gerät.

Diese russische Beteiligung am Nahostkrieg kompliziert die ohnedies reichlich schwierige Lage Israels – und der Amerikaner. Beide würden vor dem gleichen Dilemma stehen, falls es zum «Großkrieg» käme: Entweder wird bei dieser vierten Runde Israel besiegt, oder Israel siegt neuerlich. Eine Niederlage des jüdischen Staates wäre gleichbedeutend mit dessen politischem Untergang und höchstwahrscheinlich mit der physischen Vernichtung der Mehrheit seiner Einwohner; es ist unvergessen, wie arabische Führer 1967 prahlten, der arabische Sieg werde «Auschwitz als Paradies gegenüber dem erscheinen lassen, was den Juden in Israel bevorstehe». Aber nicht aus humanitären Gründen könnten die Vereinigten Staaten die Vernichtung Israels schwerlich zulassen; Humanität spielt heute in der Politik die geringste Rolle. Vielmehr ist Israel für Amerika (und letzten Endes für den freien Westen) strategisch unentbehrlich als Brücke zu und Rückendeckung für *Jordanien*. Würde Israel fallen, dann folgte ihm der Jordanstaat sofort nach – und damit hätten die «sozialistischen», unter russischem Einfluß stehenden Staaten Syrien und Ägypten die Grenze *Saudiarabiens* erreicht. Damit wäre das Schicksal dieses letzten amerikanischen Stützpunktes im Nahen Osten besiegelt – und mit ihm das des arabischen Öls, des Persischen Golfes und des persischen Öls ... und wahrscheinlich das Schicksal Europas.

Es wiederholt sich somit zur Jahreswende 1971/72 dieselbe Konstellation, von der de Gaulle im Juni 1967 befürchtet hatte, sie könne zum dritten Weltkrieg führen. Diesmal sind es die Amerikaner, die davor warnen. Rogers besonders drängt seit 2 Jahren auf «beinahe» restlosen Verzicht Israels auf alle eroberten Gebiete – mit der Drohung, ein neuer Krieg würde zum Untergang Israels führen. Ebenso warnen die Sowjets: Israel spielt mit dem Feuer, wenn es sich weiter weigert, alle 1967 eroberten Gebiete zu räumen. Das gleiche verlangte Jarring vor dreiviertel Jahren, ehe er seine Mission des Vermittlers aufgab.

Warum hört Israel nicht auf diese Ratschläge? Warum stimmt es nicht einer «Regelung» zu, die ihm immerhin die offizielle Anerkennung seiner früheren Grenzen, vermutlich mit zusätzlichen Garantieen der Großmächte oder der Vereinten Nationen, bringen würde? Warum riskiert es lieber einen Krieg, auf die Gefahr hin, russischen Streitkräften zu begegnen, entwickelt – wie man spöttisch sagt – einen «Massada-Komplex»?[1]

Die Antwort auf diese Frage wird von keinem «verantwortlichen» Israeli geradeheraus gegeben; man redet um den Brei herum, verlangt «direkte Verhandlungen» Auge in Auge als Vorbedingung oder Garantien verschiedener Art. Aber in Wahrheit ist die Antwort ganz einfach. Niemand glaubt, daß es in absehbarer Zukunft möglich sein wird, einen wirklichen, dauerhaften Frieden zu erlangen. Israel ist überzeugt, daß jede Abmachung von der Gegenseite gebrochen werden wird, sobald sich dazu die Gelegenheit bietet. Israel ist ebenso überzeugt, daß alle Garantien, die etwa die USA heute anbieten, im Ernstfall nicht honoriert würden. Für beide Befürchtungen gibt es Beweise in der jüngsten Vergangenheit[2].

[1] Massada ist die durch Professor Jadins Ausgrabungen berühmt gewordene Bergfestung am Toten Meer, wo 74 nach Christus die jüdischen Verteidiger sich und ihre Frauen und Kinder lieber töteten, als sich den Römern zu ergeben.

[2] Nichterfüllen vertraglicher Verpflichtungen seitens der Araber: Die Waffenstillstandsverträge von 1949 enthielten die Verpflichtung, Friedensverhandlungen einzuleiten und keine feindlichen Handlungen oder Vorbereitungen dazu zu dulden. Verhandlungen wurden *nicht* eröffnet – König Abdallah, der dessen verdächtigt worden war, wurde ermordet –, und Terrorangriffe über die Grenzen waren schon 1 Jahr nach Abschluß des Vertrages an der Tagesordnung. – Internationale Garantien zum Beispiel für Offenhaltung der Straße von Tiran seitens der USA, Englands und Frankreichs wurden 1967 für ungültig erklärt ...

Israels Zweifel am Werte etwaiger «Teilregelungen», zu denen die USA drängen, beruhen aber keineswegs nur auf den schlechten Erfahrungen. Es gibt dafür viele und sehr aktuelle Gründe, von denen einige verzeichnet seien:

1. Kein arabischer Staatsmann hat bisher auch nur zu sagen gewagt, daß er einen formellen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen bereit sei. Präsident Sadat, dessen «Mäßigung» vom Staatsdepartement und von Jarring gelobt wird, spricht nur von «Regelung des Konfliktes», und die Vermittler machten es Israel klar, daß dabei keineswegs an einen der üblichen Friedensverträge gedacht werden könne, mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen und dergleichen. Das bedeutet, daß Sadat sich zumindest formell an den Beschluß von Khartum im Jahre 1967 gebunden hält, der Frieden mit Israel verbietet.

2. Im gleichen Licht wird die Tatsache betrachtet, daß Sadat (und ebenso natürlich Syrien) nicht nur direkte Verhandlungen mit Israel ablehnt, sondern nicht einmal schriftliche Antworten auf ägyptische Noten entgegennehmen will; sie müssen ihm durch den «Vermittler» zugestellt werden. Israel sieht darin nicht eine prozedurale Formsache, sondern das Befolgen des zweiten der Khartumer Verbote von «Verhandlungen mit Israel». Beide Weigerungen bezeichnen das Klima, in dem Israel mit seinen Feinden zu einer «Regelung» kommen soll ...

3. Nicht weniger wichtig ist die Erwägung, mit *wem* eigentlich diese Regelung zustande kommen soll. Die Stabilität der arabischen Regierungen ist nicht vertrauenerweckend. Putsch folgt auf Putsch; der jetzige Präsident Syriens, Assad, ist erst vor einigen Monaten durch einen Militärputsch ans Ruder gekommen; Sadat führt Hochverratsprozesse gegen seinen Vizepräsidenten, seinen Kriegsminister usw. Wer kann garantieren, daß nach Unterzeichnung eines Abkommens, auf Grund dessen Israel seine – unter riesigen Ausgaben befestigte – Stellung am Kanal aufgegeben hätte, ein neuer Herrscher Ägyptens nicht die Versprechungen seines Vorgängers für null und nichtig erklärt?

Diese Absicht wird übrigens bereits von verschiedenen Seiten angekündigt. Syrien, mit Ägypten abermals in einer Föderation vereint, will zwar, daß Israel die Golanhochebene räumt, aber weigert sich, deshalb Israels staatliche Existenz anzuerkennen. Khadafi von Libyen, ebenfalls mit Ägypten verbunden, spricht von der Notwendigkeit, Israel zu liquidieren. Ebenso Boumedienne von Algerien und die Führer der verschiedenen palästinensischen Kampforganisationen, die bekanntlich den Juden grundsätzlich das Recht absprechen, *irgendwo* einen eigenen Staat zu bilden, da sie kein Volk, sondern nur eine Religionsgemeinschaft seien ...

Allerdings spielen die Palästinenser Ende 1971 keineswegs mehr die Rolle, die sie vor Nassers Tod hatten – und auch Boumedienne und Khadafi haben keinen direkten Einfluß auf den Nahostkonflikt. Aber daß aus den Reihen der von ihnen fanatisierten Masse sich ein Attentäter findet, der mit einer Kugel oder Handgranate eine eventuell erzielte Regelung annulliert, muß in Rechnung gestellt werden. Die Ermordung des jordanischen Ministerpräsidenten Wazfi et Tal während der Spitzenkonferenz arabischer Regierungshäupter in Kairo im November 1971 sowie die Ankündigung der für die Tat verantwortlichen palästinensischen Terrororganisation, daß auch König Hussein «und seine Familie» zum Tod «verurteilt» seien, unterstreicht diese Befürchtung.

Gewichtiger als diese Erwägungen ist das Argument, daß Ägypten und die anderen arabischen Staaten *keinen triftigen Grund* haben, Frieden zu suchen. Als General Dajan übereilt am 8. und 10. Juni 1967 der Waffenruhe zustimmte, vergaß er die Mahnung Clausewitz': Bei Abschluß eines Waffenstillstandes müsse der besiegte Gegner in eine solche Lage gebracht werden, daß sein Zustand von Monat zu Monat prekärer und seine Chance, den Kampf zu erneuern, immer geringer werde.

Statt dessen tröstete sich Dajan damit, daß es «5 Jahre dauern werde, ehe Ägypten seine Armee neu aufbauen könne». Nun in diesen 5 Jahren ist die ägyptische Armee nicht nur neu aufgebaut, sondern unvergleichlich mächtiger als 1967 – was hat Israel damit gewonnen, daß es dem Gegner diese 5 Jahre ließ? Die Logik hätte erfordert, daß von Anfang an *Israel* hätte tun müssen, was Nasser im März 1969 getan hat: den Waffenstillstand zeitlich zu begrenzen – zu fordern, binnen soundso vielen Wochen müßten Friedensverhandlungen eingeleitet werden, ansonsten der Zahal seinen Vormarsch fortsetze ...

Das wurde versäumt, und die Folge davon ist, daß Ägypten – entgegen der Forderung Clausewitz' – nicht nur nicht von Monat zu Monat schwächer – und daher friedenswilliger – sondern von Monat zu Monat stärker wurde. Vom *militärischen* Standpunkt aus also braucht Ägypten (und noch weniger Syrien) keinen «Frieden».

Aber ebensowenig brauchen beide vom wirtschaftlichen Standpunkt aus Frieden. Die Sinaihalbinsel hat zwar *Petroleum*quellen (die jetzt 6 Millionen t im Jahr produzieren), aber Petroleum besitzt Ägypten seit 3 Jahren reichlich. Ebensowenig braucht es den *Suezkanal* für seine Wirtschaft, solange Saudiarabien und Libyen auf Heller und Pfennig die Dollars zahlen, die durch die Kanalsperre verlorengehen. Die *700 000 Evakuierten* aus der Kanalzone – diese Zahl scheint stark aufgebauscht – können, soweit sie nicht in der Wirtschaft eingeordnet wurden – schon jetzt nach Suez, Ismailia usw. zurückkehren, auch ohne Friedensschluß. Waffenstillstand de facto genügt.

Selbst die *Kosten* für die diversen Armeen dürften bei den arabischen Überlegungen keine große Rolle spielen. Die russischen Heereslieferungen sind, wie Nasser seinerzeit versicherte, entweder ganz umsonst oder zumindest in langen Jahren abzuzahlen. Solange der Krieg dauert, werden diese Zahlungen wohl keine schwere Belastung darstellen; anders im Frieden, wo die Rechnung präsentiert werden wird. Was aber die mobilisierten Soldaten anbelangt: Sie sind die Stütze jedes totalen Regimes und dienen außer zum Schutze der Regierung vor inneren Feinden auch zur Stärkung der Machtposition gegen andere arabische Staaten. Beispiel: Libyen, das in keinen Krieg verwickelt ist und das sofort nach dem Sturz des Königs eine riesige Luftflotte (110 «Mirage V»!) aufbaut – für kaum 1,9 Millionen Einwohner! Armee bedeutet im Orient Prestige.

Wer all dies überlegt, wird zum Schluß gezwungen, daß tatsächlich kein Grund für Ägypten besteht, sein Prestige als Vorkämpfer des Panarabismus aufs Spiel zu setzen, indem es einen *ehrlichen* Frieden mit Israel schließt.

Gleiches gilt für *Syrien:* Dieser Staat hat lediglich 1250 km² sehr schlechtes Acker- und Weideland verloren, dessen *Urbarmachung* die Israelis jetzt rund 1000 Dollar je Hektar kostet! Seine etwa 70000 Einwohner waren früher im Dienst der dort liegenden Truppen beschäftigt; dasselbe tun sie jetzt 30 km weiter östlich. Syrien hat weder wirtschaftlich noch politisch Nennenswertes eingebüßt, das wiederzuerlangen einen Friedensschluß wert wäre.

In *Jordanien* sind die Bemühungen König Husseins, «sämtliche Territorien am Westufer einschließlich Ostjerusalems» wiederzuerlangen, weitgehend publicitybedingt. In Wahrheit weiß der mutige kleine König, daß seine Herrschaft über das *Ostjordanland* davon abhängt, ob Israel die ihm feindlich gesinnten 600000 Araber des *Westjordanlandes* verhindert, gemeinsame

Sache mit den 500000 Palästinensern zu machen, die in Ostjordanien als Bürger oder Flüchtlinge leben. Er wird nur so lange König bleiben, als Israel ihm *nicht* die 6000 km² mit Hebron, Sichem, Djenin und Jericho zurückgibt.

Warum soll Hussein also Thron und vielleicht Leben riskieren, um zu einem Abkommen mit Israel zu gelangen? Ja, auf lange Sicht betrachtet, ist die vernünftigste Lösung des Konfliktes eine *Föderation* zwischen einem jüdischen Israel und einem mohammedanischen Jordanien, der sich vielleicht später noch der halb christliche Libanon anschließen könnte. Aber dazu ist die Zeit noch nicht reif, auch wenn jüdische Politiker diese Möglichkeit immer wieder erwähnen ...

Ist also Frieden ausgeschlossen, warum verhandelt dann Israel über «Teillösungen», wie zum Beispiel begrenten Rückzug vom Suezkanal, über «Regelungen», an deren Wert seine Minister nicht glauben?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens: Israel folgt der Kissinger-Doktrin, die Amerika zum Beispiel bei den endlosen Verhandlungen mit Nordvietnam, bei den Abrüstungsgesprächen mit den Sowjets usw. demonstriert. Diese Doktrin besagt, daß «Reden nichts kostet»; man verhandelt mit der festen Absicht, nicht zu einem Resultat zu gelangen, sondern Zeit zu gewinnen. «Solange man verhandelt, schießt man nicht», meint Kissinger optimistisch.

Daher drängt das Staatsdepartement Israel, zu «verhandeln, um zu verhandeln». Erst unter Vermittlung Jarrings; dann kamen die Viermächtegespräche in New York; dann die Vermittlung Rogers' und Siskos. Israel mußte gehorchen und hat dafür – glaubt es – teuer bezahlt. Während des Waffenstillstandes, zu dem seine amerikanischen «Freunde» es gezwungen hatten, haben die Russen eine Kette allermodernster Raketen- und anderer Flugabwehrbatterien bis hart an das Kanalufer vorgeschoben, die nach menschlichem Ermessen jeden Angriff blauweißer Flieger auf das Westufer des Kanals zu einem selbstmörderischen Unternehmen machen. Und dies, nachdem vor dem Waffenstillstand Israel dort die Luftherrschaft gehabt hatte.

Schlimmer noch: Der Abschuß des israelischen «Stratocruisers», 20 km *östlich* des Kanals im letzten Oktober hat augenscheinlich gemacht, daß die neuen Raketenstellungen auch das Hinterland am Sinai beherrschen – vermutlich bis 30 km Tiefe. Wie sehr dies eine Offensive Ägyptens über den Kanal hinweg erleichtert, braucht nicht erläutert zu werden.

Als «Gegenleistung» für diesen strategischen Verlust der Juden hat Nixon allerdings etwa 30 «Phantom» geliefert, wodurch diese Waffe auf 76 Stück (!) verstärkt wurde. Aber unterdessen erhielten die Ägypter von den Sowjets mindestens 120 neue Flugzeuge, darunter vermutlich 24 MiG23, der dem «Phantom» sowohl an Schnelligkeit wie an Steighöhe überlegen ist. Da die Russen außerdem noch überlegene Artillerie liefern – 202-mm-Kanonen mit 100-kg-Granaten gegen die amerikanischen 155-mm-Kanonen mit nur 60-kg-Granaten bei annähernd gleicher Schußweite –, die schweren T62-Tanks mit einem 115-mm-Geschütz, amphibische Tanks zum Überqueren des Kanals und elektronische Waffen aller Art, war das «Verhandeln» bisher wenigstens ein deutlicher Gewinn für die Sowjets und ihre arabischen Schützlinge.

Die «Verhandlungen über eine Teillösung», das heißt Schiffbarmachung des Suezkanals, hat die Regierung Golda Meir in gewissem Sinne selbst ausgelöst. Vor anderthalb Jahren hat plötzlich Dajan in einer Rede davon gesprochen, daß Israel sich eventuell vom Kanalufer zurückziehen könne, wenn dadurch die Schiffahrt auf dem Kanal wieder ermöglicht werde.

Später hat Dajan diesen Gedanken damit begründet, daß die Erneuerung des Schiffsverkehrs auf dem Kanal die Ägypter verhindern könnte, die Feindseligkeiten zu erneuern. Aber Dajan hatte mit dieser Rede den kleinen Finger gereicht, und bald verlangte man von Israel die ganze Hand: Rückzug nicht, wie Dajan gemeint hatte, 2, höchstens 3 km vom Kanal, sondern 40 oder gar 60 km «als ersten Schritt»; Erlaubnis nicht nur für ägyptische Ingenieure und Arbeiter, sich am derzeit israelischen Ufer aufzuhalten, sondern für ägyptische Truppen – die dann in den Igelstellungen der Bar-Lew-Linie ebenso gute Befestigungen hätten wie heute der Zahal. Als Entschädigung für diese Opfer: ein begrenzter Waffenstillstand, an dessen Ende Israel das ganze eroberte Gebiet räumen müßte.

Das Staatsdepartement ist an der Verlängerung der gegenwärtigen Waffenruhe *um 1 Jahr* interessiert, nämlich – bis nach den Präsidentschaftswahlen 1972. Israel ist ebenfalls an der Verlängerung des Waffenstillstandes interessiert – aber es ist nicht bereit, dafür einen hohen Preis zu bezahlen.

Das Unheil – die Postierung der SAM3 usw. am Kanalufer – ist bereits geschehen; jetzt kann eine Verlängerung des Waffenstillstands nicht mehr viel schaden, wohl aber Israel gewisse Vorteile bringen. Zunächst – keine Menschenverluste! Die Juden sind bekanntlich in dieser Hinsicht sehr viel empfindsamer als ihre Gegner. Sodann: Die israelische Armee ist in durchgreifender Reorganisation begriffen, die nicht abgeschlossen ist – nicht nur in bezug auf Ausrüstung mit modernen Waffen, sondern auch organisatorisch. Um ein Beispiel zu geben: In den USA rechnet man etwa 12 Mann im Hinterland auf 1 Kampfsoldaten. In Rußland ist das Verhältnis anscheinend 5 bis 6 zu 1. Der Zahal hat jetzt 3,5 zu 1 erreicht! Aber jede Reorganisation braucht Zeit. Auch Israels Rüstungsindustrie profitiert vermutlich von der Ruhepause. Die amerikanische, die britische, die französische und die deutsche Presse bringt immer neue Sensationsberichte über die «kolossalen» Leistungen der «Minigroßmacht» Israel auf technologischem und elektronischem Gebiet. (Anfang November 1971 verkündete wieder «Le Monde», Israel sei bereits die sechste Atommacht oder werde es zumindest in Bälde sein.) Die meisten dieser Reportagen sind weit übertrieben, teilweise aus den Fingern gesogen.

Aber es stimmt, daß Israel seit dem «Mirage»-Embargo im Jahre 1967 seine bis dahin bescheidene Heeresindustrie auf hohe Touren gebracht hat. Eigentlich erst seither ist Israel ein Industriestaat geworden, der es darauf anlegt, so bald wie möglich von der Gnade des Auslandes als Waffenlieferanten unabhängig zu werden. Nun weiß jedermann, daß derart komplizierte Industrien, wie sie eine Armee benötigt, die letzten Endes gegen Sowjetwaffen wehrfähig sein muß, nicht über Nacht aus dem Boden gestampft werden. Auch die Zuwanderung von 1200 Ingenieuren und 400 Technikern aus den USA, Frankreich und anderen Ländern seit 1967 genügt nicht, die Infrastruktur einer derartigen Industrie zu schaffen. Da spielt tatsächlich jeder zusätzliche Zeitgewinn eine Rolle. Auch deshalb ist Israel bereit zu verhandeln ... und hofft, daß vielleicht ein Wunder geschehe, das die internationale Lage wieder so zu seinen Gunsten ändert, wie der Sieg Husseins über die Palästinenser im September 1970 und der darauf folgende Tod Nassers es getan haben.

Die vollständige Niederlage der Feddajin in Jordanien ist vielleicht das meistdiskutierte Ereignis der Nach-Nasser-Periode im Nahen Osten. Sie demonstrierte die Richtigkeit der israelischen Behauptung, daß die palästinensischen Terrororganisationen – trotz ihrer außerordentlichen Popularität in der arabischen Welt – keine kämpferischen Qualitäten besitzen und nur Scha-

den stiften können, mehr störend für die arabischen Regierungen als für Israel.

Trotzdem wäre es falsch, diese Terroristen schon gänzlich abzuschreiben. Ein paar Zahlen mögen erläutern, daß sie noch immer den Israelis zu schaffen machen. Dajan gab vor kurzem bekannt, daß Ende Oktober 3687 Terroristen in israelischen Gefängnissen saßen. An der syrisch-libanesischen Grenze wurden in 7 Monaten 37 Terroristen getötet, im Gazastreifen in 6 Monaten 75 Terroristen. In Hebron, Sichem und anderen Orten fielen auch einige Freischärler unter den Kugeln der Sicherheitsbehörden[3]. Sogar in Altisrael kommt es immer wieder zu Versuchen, das Dasein der El-Fatah zu demonstrieren: Nachdem in zwei (glücklicherweise schon leer gewordenen) Autobussen in Haifa und in einem Bus in Tel Aviv Bomben explodierten, wurden nicht weniger als 30 israelische Araber in Akko, Nazareth und anderen Orten Alt-Israels verhaftet, die einem neugebildeten Netz angehörten.

Seitdem China in der UNO seine Stimme zugunsten der «arabischen Widerstandsbewegung» erhoben hat, können die derzeit fast ohnmächtigen Terrororganisationen wieder lebendig werden. Militärisch sind sie auf 5 Bataillone der «Befreiungsarmee» zusammengeschmolzen, die in Syrien und Libanon stationiert sind. Ihre Führung ist in Pro- und Antikommunisten gespalten, die auch vor gegenseitigen Morden nicht zurückschrecken. Sie besitzen leichte Feldartillerie, Minenwerfer und angeblich sogar Flugabwehrgeschütze. Vorläufig werden sie noch von der syrischen Regierung gedeckt; wie lange, ist eine andere Frage[4].

Trotz dem Waffenstillstand seit 16 Monaten steigen die Heeresausgaben Israels in «beinahe unerträglicher Weise». Die Anführungszeichen haben den didaktischen Zweck, dem Leser klarzumachen, daß es keinen wirklichen Maßstab für «unerträglich» gibt. Ein berühmtes russisches Lehrbuch beschrieb die Einfälle der Tataren ins russische Land – Verbrennen der Ernten, Raub von Kindern, Vergewaltigung der Frauen usw. – und führte dann aus: «Dieser unerträgliche Zustand dauerte etliche hundert Jahre ...» Er war also sehr wohl zu ertragen ...

Ähnlich ist die «unerträgliche Last» des Heeresbudgets Israels zu bewerten[5]. Trotzdem seien Vergleichszahlen genannt, die Licht auf das Wettrüsten speziell zwischen Ägypten und Israel werfen:

Das *Brutto-Nationaleinkommen* (BNE) Ägyptens war 1949 fünfmal so hoch wie das des neugegründeten Israels. 1956, im Jahre des Sinaikrieges, war es nur mehr doppelt so hoch. 1970 hatten beide ein annähernd gleich hohes BNE: 5 Milliarden Dollar. 1971 hat Israel (obschon es einschließlich der neuen Gebiete nur 4 Millionen Einwohner zählt, davon weniger als 2,75 Millionen Juden, gegenüber 33 Millionen Ägyptern) mit über 6 Milliarden BNE Ägypten überholt!

Aber der Anteil der Rüstungskosten stieg in dieser Zeit für Israel viel mehr an als für seinen mächtigen Nachbarn:

1. Während 10 Jahren, von 1957 bis 1967, gab Israel *insgesamt* 2,5 Milliarden Dollar für «Sicherheit» aus; Ägypten beinahe 4 Milliarden Dollar.

2. 1967/68/69: Israel verausgabte während *dreier* Jahre so viel wie vorher in 10 Jahren, nämlich 2,4 Milliarden Dollar (obschon brauchbares Kriegsgerät im Werte von vielen hundert Millionen erbeutet worden war), Ägypten ebensoviel (1969: 1,15 Milliarden Dollar).

3. 1970 und 1971 kostet die Armee Israel bereits 3 Milliarden Dollar in *zwei* Jahren. (Voranschlag für 1972/73: 6000 Millionen israelische Pfund; zu 4.20 israelische Pfund per Dollar gerechnet, 1,43 Milliarden Dollar unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Waffenruhe *erhalten* bleibt!)

In Prozenten des Nationaleinkommens: *Vor* dem Sechstagekrieg wurden weniger als 10% des Nationaleinkommens für «Sicherheit» ausgegeben, *nach* dem Sieg aber 20%, und Pessimisten berechnen, daß 1971 die Ausgaben schon 25% überschreiten. Manche reden sogar von beinahe 28% ... (siehe Anmerkung 5).

Das ist auch vom militärischen Standpunkt aus keineswegs gleichgültig. In jedem Staat gibt es Professoren für Volkswirtschaft – oder solche, die es werden wollen –, die jeden Pfennig, der für Verteidigung ausgegeben wird, für überflüssig erachten. Auch Israel ist von diesen Kritikern nicht verschont. Während die Russen ihre MiG 23 in Mach-3-Geschwindigkeit und in der für «Phantom III» unerreichbaren Höhe von 27000 m über den Sinai fliegen lassen, diskutiert Israels Presse hauptsächlich, um wieviel das Heeresbudget gekürzt werden könne. Das erste Opfer wird wohl die Erweiterung der Heeresindustrie sein.

Dabei ist es für den neutralen Beobachter ganz unfaßbar, wie gut die Volkswirtschaft des Landes die Folgen dieser Riesenlast bisher aushält, Folgen, als da sind: ein *Außenhandelsdefizit* von voraussichtlich 1500 Millionen Dollar 1971[6]; *Auslandschulden* von voraussichtlich 3500 Millionen Dollar Anfang 1972 – mit einem Schuldendienst von rund 500 Millionen Dollar. Aber siehe da: Es geht ausgezeichnet. Äußere Anzeichen: 132000 Einwanderer kamen in 4 Jahren – darunter allein 1971 aus Nordamerika 9000 und aus Sowjetrußland bis Jahresende 13000 –, Beweis für die unerklärliche Anziehung, die dieses Land seit dem Sechstagekrieg auf die Juden so ganz verschiedener Länder ausübt. Ein anderes Zeichen: 63% der Paare, die 1968 geheiratet haben, besitzen *Eigentumswohnungen*. Ferner: Das Land *leidet* an Arbeitermangel wie die Boomländer Europas; für die Orangenernte zum Beispiel fehlen etwa 15000 Arbeiter, obwohl mindestens 45000 Araber aus den neuen Gebieten in der jüdischen Wirtschaft beschäftigt sind.

Wenn die arabischen Staaten tatsächlich damit rechnen, daß Israel beim Rüstungswettlauf der Atem ausgehen müsse, während ihnen der kommunistische Block einen Großteil der Waffen gratis liefere, so hat sich bis jetzt diese Kalkulation nicht bewahrheitet.

Dies ist aber ein Grund, die Drohungen Ägyptens mit Erneuerung des Krieges ernst zu nehmen. Für diesen Fall hat man mit dem Versuch einer Kanalüberquerung en force zu rechnen. Manöver für ein solches Unternehmen werden seit mehr als 1 Jahr teils im Niltal, teils am Kanalufer selbst gemacht; es scheint,

[3] Jüdische Verluste in gleicher Zeit: 2 Soldaten und 2 Frauen in Syrien getötet, 2 Soldaten und 1 Chauffeur im Gazastreifen getötet, 18 Juden verwundet, hauptsächlich durch Minen.

[4] Am 8. November meldeten libanesische Zeitungen, daß die syrische Terrororganisation «Saika» in das syrische Heer eingegliedert wurde.

[5] Das Heeresbudget 1971/72 rechnete mit 6,4 Milliarden israelischen Pfund, davon 680 Millionen Dollar für Einkäufe im Ausland! Für 1972/73 sind 574 Millionen Dollar für Waffenkäufe vorgesehen. Israels GNP war (in gleichbleibenden Preisen per Index 1964 berechnet): 1964: 8743 Millionen, 1967: 9847 Millionen. 1970: 13304 Millionen israelische Pfund und in Preisen von 1970: 18455 Millionen israelische Pfund. Das Heeresbudget hätte somit für 1970 etwa ein Drittel des GNP betragen! Die Zahlen sind aber nicht ganz vergleichbar, weil das GNP die zwölf Monate 1970 errechnet, das Budgetjahr aber ab 1. April gilt.

[6] Davon, wie erwähnt, 680 Millionen Dollar für Waffenkäufe.

daß eine Elitetruppe von angeblich 8000 Mann dafür ausgebildet wurde. Außerdem besitzt Ägypten alle technischen Hilfsmittel für ein solches Unternehmen, das unter dem Schutz überlegener Artillerie, zahlenmäßig überlegener Flieger und der Raketenbatterien, etwa 100 an der Zahl, vor sich gehen würde.

Israels Gegenmaßnahmen sind zum Teil bekannt: Eine sehr lockere Kette von Stützpunkten, die nach allen Seiten befestigt und in der Lage sind, sich im Falle eines Durchbruchs mindestens 14 Tage selbständig zu halten, wurden neuerdings durch einen hohen Erdwall längs des ganzen Ufers miteinander verbunden. Eine Reihe von Zufahrtsstraßen führen zu den Sperrforts und zu etlichen Dutzend Panzerstellungen auf dem Wall selbst. Ein Netz strategischer Straßen im Hinterland ermöglicht eine zweite und dritte Linie. Das alles hat Hunderte von Millionen Pfund verschlungen. Da – nach amerikanischen und britischen Meldungen – diese Arbeiten fortgesetzt werden, läßt dies zweierlei vermuten: erstens, daß Israel keine große Lust hat, im Rahmen eines Teilabkommens diese Stellungen freiwillig zu räumen, und zweitens, daß man beabsichtigt, einen Großangriff am Kanalufer aufzufangen, und daß man glaubt, damit Erfolg zu haben.

Für diesen Optimismus gibt es verschiedene Begründungen. Die einfachen Soldaten erklären das so: «Alle Waffen, die Nasser und Sadat bekommen, ändern nichts an der Tatsache, daß der Ägypter von 1971 derselbe bleibt, der er 1956 und 1967 gewesen ist. Sie hatten auch damals viel mehr und viel bessere Ausrüstung als wir und waren auch damals uns an Zahl weit überlegen – und es hat ihnen nichts geholfen ...»

Man soll in Fragen der Nahostpolitik nicht versuchen zu prophezeien; die Lage ändert sich hier von Tag zu Tag. Trotzdem möchte der Schreiber dieser Zeilen seine persönliche Meinung dahin aussprechen, daß es nicht jetzt und nicht im Jahre 1972 zum «großen Krieg» kommen wird. Feuerwechsel – ja. Artilleriedueller über den Kanal – ja. Flugangriffe von hüben und drüben – ja. Das alles ist nach Jahresende möglich. Aber einen totalen Krieg sollte man nicht erwarten. Aus dem einfachen Grunde, weil niemand davon einen Gewinn hätte.

Ägypten läßt (durch Marschall Tito) den Amerikanern erzählen, daß «nach totaler Räumung der eroberten Gebiete durch Israel» die Russen aus Ägypten abziehen würden. «Die Kinder, sie hören es gerne.» Aber da sicherlich die Russen nicht viele Milliarden im Nilstaat investiert haben, um von dort hinauszugehen, ist das allein schon ein Grund dafür, nicht nur das Scheitern aller Verhandlungen, sondern auch die Fortdauer des jetzigen Zustandes ewiger Spannung, ewiger Drohung, aber *ohne Krieg*, zu erwarten. Ein neuer Krieg und eine neue ägyptische Niederlage wären für Moskau ebenso peinlich wie ein Sieg Sadats, der die russische Anwesenheit in Afrika (und Syrien) überflüssig machen würde. So wird wohl ein kleines Feuer weiter schwelen, aber ein großer Brand wird wohl ausbleiben – bis auf weiteres.

Eine Armee ist bestimmt für den Fall, der nie eintreten soll, für den Krieg. An ihm ist sie zu messen. Über die kriegerische Aufgabe hinaus darf und muß die schweizerische Armee ein Ort sein, in dem in der Vorbereitung auf eine tödliche Aufgabe Eigenschaften gepflegt und in der Gemeinschaft gelebt werden, die den Menschen ausmachen, hier und überall in der Welt.

(Nationalrat Theodor Gut, 1971)

Schlachtenprojektionen

(Schluß)

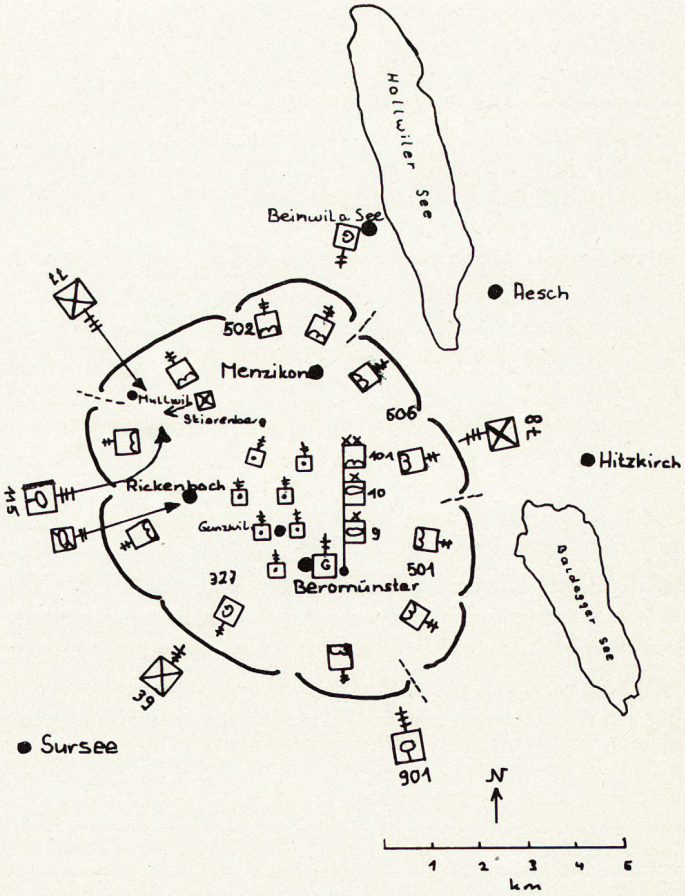
Oberst i Gst Edmund Wehrli

Bastogne Dezember 1944: Beromünster (Karte 8 und 9)

Geht man, wie im Abschnitt «Die Ardennenoffensive im Dezember 1944 von Zürich bis Solothurn», davon aus, Bastogne sei Beromünster, so läßt sich folgendes annehmen:

Beromünster war der Kommandoposten des amerikanischen VIII. Korps, dem die 4., 28. und 106. Inf Div und die 9. Pz Div, also die Front von der Linthebene bis zum Rhein, unterstand. Der deutsche Angriff begann am 16. Dezember. Bereits am 17. Dezember wurde sich der Korpskommandant klar, daß die 28. Div zwischen Schindellegi und Zürich (an der Our) durchbrochen war. Er versuchte deshalb, mit zusammengekratzten Einheiten Straßensperren zu errichten, so mit Teilen der 9. Pz Div östlich von Muri, doch wurden diese bereits am 18. Dezember von deutschen Panzern angegriffen und mußten zurück. Inzwischen war die halbe 10. Pz Div vom Gotthard (Luxemburg) her und die 101. Lla Div. aus der Gegend von Lausanne (Reims) nach Bastogne im Anmarsch.

Die deutsche Panzerlehrdivision war am 17. Dezember morgens hinter der 26. Inf Div bei Sihlbrugg über die Sihl (Our) gegangen und stieß nach Westen vor. Sie nahm am 18. Dezember nach kurzem Kampf gegen Nachhuten Mühlau und stieß dann



Karte 9. Bastogne-Beromünster, Dezember 1944. Amerikanischer Verteidigungsring mit Abschnittsgrenzen der Regimenter. Jedes Regiment verfügt über einige Panzer oder Sturmgeschütze, die Regimentsnummern sind angegeben. Die durchgezogenen Pfeile zeigen den deutschen Angriff am 25. Dezember, der unterbrochene Pfeil markiert den lokalen amerikanischen Gegenstoß.